An den Präsidenten des Südtiroler Landtages

Bildung statt Blockade: Emotionale und sexuelle Bildung von Eltern stärken

ÄNDERUNGSANTRAG ZUM BESCHLUSSANTRAG

Am 4. Juni 2026 hat der Senat das sogenannte Valditara-Gesetz endgültig verabschiedet: Das Gesetz des Unterrichtsministers Giuseppe Valditara sieht ein Verbot entsprechender Aktivitäten in Kindergarten und Grundschule vor und macht entsprechende Angebote in Mittel- und Oberschulen von der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Eltern abhängig. Schulen sind zudem verpflichtet, sämtliche Materialien, Inhalte und externe Referentinnen und Referenten vorab offenzulegen. Dadurch wird nicht nur die schulische Autonomie einschränkt, sondern eine umfassende Sexualerziehung behindert, um Kinder und Jugendliche über wichtige Themen wie Konsens, sexuelle Gesundheit und Gleichberechtigung aufzuklären. Die Maßnahme stieß auf breiten Widerspruch von Pädagog*innen, Gewerkschaften, Fachverbänden und internationalen Organisationen, die darin eine ideologisch motivierte Einschränkung der Lehrfreiheit und einen Rückschritt hinter die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und die Verpflichtungen aus der Istanbuler Konvention sehen.

Italien gehört zu einigen wenigen Europäischen Ländern, in denen sexuelle Bildung in der Schule nicht gewährleistet wird. Dies ist ein erschreckendes Manko, besonders wenn man sich vor Augen führt, dass diese in Schweden beispielsweise schon seit 1955 verpflichtend Eingang ins Schulcurriculum gefunden hat. Die UNO empfiehlt „Comprehensive Sexuality Education“ für Kinder und Jugendliche von 5-18 Jahren. Laut UNO gibt diese „Umfassende Sexualerziehung“ Kindern und Jugendlichen genaue, altersgerechte Information über Sexualität und sexuelle Gesundheit, die von immenser Wichtigkeit für ihre Gesundheit und ihr Überleben sei. Die UNO schreibt, dass auch eine Reihe anderer Namen dafür verwendet werden könnten. „Lebensfähigkeiten“ oder „Bildung zum Familienleben“ unter anderem; wie bereits erwähnt, werden in diesem Rahmen Familien und Beziehungen, Respekt, Einvernehmlichkeit, körperliche Selbstbestimmung, Anatomie, Pubertät und Menstruation behandelt. Aber natürlich auch Verhütung und Schwangerschaft bzw. sexuell übertragbare Krankheiten (kurz: STDs). Die Themen müssen dem Alter entsprechend angesprochen werden. So wird mit den jungen Kindern vermehrt über die Wahrnehmung von Gefühlen und dem Umgang damit gearbeitet. Dies ist die Basis, die auch für Jugendliche und Erwachsene von fundamentaler Wichtigkeit ist. Wer von Klein auf lernt, auf sein Innenleben achtzugeben und das der anderen zu respektieren, wird im Erwachsenenalter weniger leicht auf der einen oder anderen Seite von übergriffigem Verhalten oder im schlimmsten Fall von Gewalt landen

Die gesetzlichen Bestimmungen haben eine breite gesellschaftliche Debatte über die Rolle der Eltern, die Verantwortung der Bildungseinrichtungen und die Bedeutung der emotionalen und sexuellen Bildung ausgelöst. Unabhängig davon, in welchem Ausmaß das Gesetz in Südtirol Anwendung finden wird, steht fest: Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, die sie in ihrer emotionalen, körperlichen und sexuellen Entwicklung kompetent begleiten können.

Eltern und Erziehungsberechtigte sind dabei wichtige Bezugspersonen und spielen eine zentrale Rolle. Sie prägen von klein auf den Umgang ihrer Kinder mit Gefühlen, Beziehungen, Nähe und Distanz, körperlicher Selbstbestimmung und gegenseitigem Respekt. Gleichzeitig ist es nicht

Prot. Datum | data prot. 06.11.2026 Prot. Nr. | n. prot. LTG_0007197 Prot. Typ | tipo prot. Eingang - entrata

selbstverständlich, dass Eltern über das notwendige Wissen und die Sicherheit verfügen, um diese Themen altersgerecht anzusprechen. Viele fühlen sich unsicher, wissen nicht, wie sie schwierige Fragen beantworten sollen, oder haben selbst nur eingeschränkte Möglichkeiten, auf fundierte Informationen und pädagogische Unterstützung zurückzugreifen.

Eine gezielte Elternbildung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Sie bietet Müttern, Vätern und anderen Erziehungsberechtigten die Möglichkeit, sich mit der emotionalen und sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen, eigene Unsicherheiten abzubauen und Handlungskompetenzen zu entwickeln.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Entwicklungen auf staatlicher Ebene ist es wichtig, dass Südtirol seine autonomen Gestaltungsmöglichkeiten nutzt und die Elternbildung in diesem Bereich gezielt stärkt. Anstatt die Diskussion ausschließlich auf die Frage zu reduzieren, welche Inhalte in Schulen vermittelt werden dürfen, sollte auch die Unterstützung der Eltern als wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Bildungs- und Präventionspolitik verstanden werden.

Elternbildung darf dabei nicht von individuellen finanziellen Möglichkeiten oder dem Wohnort abhängen. Es braucht niederschwellige, gut erreichbare und möglichst kostenlose Angebote, die von qualifizierten Fachkräften aus den Bereichen Pädagogik, Psychologie, Sexualpädagogik und Gesundheitsförderung durchgeführt werden. Diese Angebote sollen sich an Eltern von Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen richten und deren jeweilige Bedürfnisse berücksichtigen.

Daher beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung

1. Ein landesweites Konzept zur Förderung der Elternbildung zum Thema emotionale und sexuelle Bildung auszuarbeiten und umzusetzen. Dieses soll Bildungs- und Informationsangebote für Eltern und Erziehungsberechtigte von Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen vorsehen und Themen wie emotionale Entwicklung, Beziehungen, körperliche Selbstbestimmung, Konsens, Gleichberechtigung und sexuelle Gesundheit umfassen.
2. Ein spezifisches Fortbildungsangebot für Eltern und Erziehungsberechtigte zur Prävention geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt zu schaffen. Dieses soll sie dabei unterstützen, mit ihren Kindern altersgerecht über Gewalt, persönliche Grenzen und körperliche Selbstbestimmung zu sprechen, Warnzeichen für Gewalterfahrungen frühzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.
3. Die Zusammenarbeit mit bestehenden Familienbildungsorganisationen, Familienberatungsstellen, Bildungseinrichtungen und spezialisierten Fachorganisationen zu stärken und sicherzustellen, dass entsprechende Angebote von qualifizierten Fachkräften durchgeführt werden und für alle Familien niederschwellig und möglichst kostenlos zugänglich sind.

Bozen, 06.11.2026

Landtagsabgeordnete
Brigitte Foppa
Madeleine Rohrer
Zeno Oberkofler